

Peer Pasternack



Peer Pasternack

Der andere Teil der Zeitgeschichte deutscher Hochschulforschung

Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) 1964/1982-1990

In 1964, the Institute for Higher Education Policy was founded at Humboldt University in Berlin. It became the Central Institute for Higher Education Berlin (ZHB) and employed 230 research staff in the 1980s. The ZHB was subordinate to the Ministry of Higher and Technical Education of the GDR and therefore a departmental research institute. Due to these political affiliations, it was closed down at the end of the 1990s. Nevertheless, it became the nucleus for the subsequent Higher Education Research Project Group Berlin-Karlshorst and the establishment of the Institute for Higher Education Research Halle-Wittenberg (HoF) in 1996.

Vor 30 Jahren, am 3. Dezember 1990, begab sich etwas Ungewöhnliches. 19 westdeutsche Hochschulforscher.innen wandten sich mit einem Offenen Brief an den Bundesbildungsminister und forderten ihn zu einer Initiative auf, um Teilpotenziale des Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB) in (Ost-)Berlin zu erhalten. War das nur ein Akt kollegialer Freundlichkeit oder auch in der Sache angemessen? Die Beantwortung dieser Frage ist zugleich eine Gelegenheit, sich eine der weniger präsenten Wurzeln der deutschen Hochschulforschung zu vergegenwärtigen: die Hochschulforschung in der DDR.

Das DDR-Wissenschaftssystem setzte sich nicht nur aus Hochschulen, Forschungsakademien sowie Industrieforschung zusammen. Daneben bestanden auch 54 Ressortforschungseinrichtungen. Eine davon war das ZHB. Als Begriff ist „Ressortforschung“ in der DDR zwar ungeläufig gewesen, doch das damit Bezeichnete gab es auch dort: Forschungseinrichtungen, die unmittelbar einem Fachministerium oder – der duale Staatsaufbau der DDR ist in Rechnung zu stellen – dem SED-Zentralkomitee zugeordnet waren und in deren Auftrag forschten. Wie bei jeder Ressortforschung in allen Staaten, so galt auch in der DDR: Die entsprechenden Einrichtungen wurden unterhalten, um Erkenntnisinteressen zu befriedigen, die vom jeweiligen Ministerium (bzw. der jeweiligen ZK-Abteilung), also politisch definiert waren. Wie stark die Arbeitsprogramme dieser Forschungseinrichtungen von den politisch bestimmten Themen und Problemstellungen geprägt wurden, hing (und hängt systemübergreifend) einerseits von der Aufgeklärtheit der Akteure in der jeweiligen Exekutive, andererseits vom diplomatischen Geschick der institutsleitenden Personen ab.

Die Forschungsressourcen

Das ZHB war direkt dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen nachgeordnet. Es wurde am 01.01.1982 gegründet und zum 31.12.1990 abgewickelt. Zwar würde eine Einrichtung mit neunjähriger Existenzdauer im Regelfall kaum eine ausführlichere Betrachtung lohnen. Doch hatte das ZHB eine auf 1964 zurückgehende Vorgeschichte (und eine bewegte Nachgeschichte). Zudem war das ZHB, als koordinierendes Zentralinstitut, herausgehoben eingebettet in eine DDR-weite Institutionenlandschaft hochschulbezogener Forschungen.

1964 war die wichtigste Vorgängereinrichtung des ZHB gegründet worden, das Institut für Hochschulpolitik (dann „für Hochschulbildung“, IfH) an der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB). 1982 wurden vier Einrichtungen zum ZHB fusioniert, das nun verselbstständigt war, also nicht mehr zur HUB gehörte. Gleichwohl war auch bereits das IfH direkt dem Hoch- und Fachschulministerium zugeordnet und befand sich in der Zwitterrolle, zugleich Universitätsinstitut zu sein. In seinen Publikationen verzichtete es allerdings meist darauf, die Zugehörigkeit zur HUB anzugeben. Das ZHB wiederum sah sich in direkter Kontinuität zum IfH und feierte demgemäß 1989 sein 25jähriges Gründungsjubiläum (vgl. Schulz/Köhler/Wolter 1989).

1989 hatte das ZHB allein mehr Mitarbeiter.innen als seinerzeit die gesamte westdeutsche Hochschulforschung mit Hochschuldidaktik zusammen. Es beschäftigte 333 Personen, darunter 226 Forscher.innen, davon 38 Dozenten und Professorinnen (MHF 1989, S. 112; Hildebrandt 1997, S. 111). Daneben wurde Hochschulfor-

sung an der Abteilung Studentenforschung des 1966 gegründeten Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig (ZIJ) und an 18 Wissenschaftsbereichen Hochschulpädagogik an allen sechs Universitäten sowie einer Reihe weiterer Hochschulen betrieben. So verfügte die Forschung über Hochschulen incl. Hochschulpädagogik in der DDR in den 80er Jahren landesweit über 575 Stellen. 145 davon waren in der Hochschulpädagogik angesiedelt, darunter 39 Dozentinnen und Professoren. 40 Prozent dieser personellen Forschungsressourcen waren am ZHB konzentriert (Schulz 1988, S. 6).

Das ZHB hieß zwar „für Hochschulbildung“, doch neben den beiden Abteilungen, die sich auf Lehre und Studium bezogen – „Hochschulpädagogik“ und „Planung und Organisation der Hochschulstudien“ –, gab es auch solche für Bildungssoziologie, Forschung und Wissenschaftsentwicklung, Ökonomie und Planung des Hochschulwesens, Leitung des Hochschulwesens, Hoch- und Fachschulbau, Geschichte des Hochschulwesens und für das Hochschulwesen des Auslands. Insgesamt verfügte es 1989 über neun Forschungsabteilungen, hinzu traten das Informationszentrum und das Rechenzentrum.

Am 3. Dezember 1990 kam es zu dem eingangs erwähnten Offenen Brief an den Bundesbildungsminister. Die geforderte Initiative zum Erhalt von Teilpotenzialen des ZHB wurde so begründet: „Auf den ersten Blick ist das Institut, das eine nachgeordnete Einrichtung des Ministeriums war, leicht zu diskreditieren. Es hat wie alle nachgeordneten Wissenschaftseinrichtungen dem SED-Staat ‚zugearbeitet‘ und nicht öffentlich über Mißstände aufgeklärt.“ Auf den zweiten Blick aber, so die Briefautoren, seien „kenntnisreiche, auch kritische Forschungsarbeiten zu entdecken“ („Post für Minister Möllemann...“ 1990).

Will man dieser Unterscheidung von erstem und zweitem Blick folgen, so sind vor allem Decodierungsfertigkeiten gefragt. Denn der in den Publikationen gepflegte Jargon stellte (und stellt) ein beträchtliches Rezeptionshemmnis dar. Ein Großteil der überlieferten Texte ist gekennzeichnet durch den Einsatz politischer Formeln als wissenschaftliche Argumente, eine schablonenhafte Sprache, die übermäßige Verwendung von Passivkonstruktionen und Genitivhäufungen, eine eingeschränkte Lexik und verunklarende Formulierungen, um entweder Problematisches oder Trivialitäten zu kaschieren.

Sprachlich wurden so Prozesse in Statik umgewandelt, wie es in der einzigen autobiografischen Darstellung zum IfH und ZHB heißt (Thiel 2010, S. 162), und die überlieferten Texte wirken dadurch sehr hermetisch. Bereits die Betitelungen sind oftmals in einer bürokratisch anmutenden Weise überdeterminiert: „Auswertung von Materialien der vierzehnten Konferenz der Hochschulminister sozialistischer Länder unter den Aspekten Vervollkommnung der Ausbildung und der politisch-ideologischen Erziehung der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses und Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet des Hochschulwesens: Forschungsbericht“ (Dimitrov/Eberhardt/Fliegel 1985) – dass Wissenschaft immer auch anstrengungsreich ist, wird hier der Leserin bereits bei der Kenntnisnahme des Titels überdeutlich in Erinnerung gerufen. Diese weitflächige Infektion wissenschaftlicher Texte durch die parteibürokratische Sprache

der offiziellen politischen Kommunikation mindert nicht nur den Lesespaß. Sie erschwert auch den Zugang zu den Inhalten.

Im folgenden nun soll es vor allem um den „zweiten Blick“ gehen. Der „erste Blick“, mit dem das ZHB leicht zu diskreditieren sei, ist zumindest für die Hochschulpädagogik bereits andernorts aufbereitet worden und lässt sich dort vertiefen (vgl. Olbertz 1997 und Dany 2007, S. 16-44).

Hochschulforschung als Ressortforschung und sozialistische Gesellschaftswissenschaft

Aus dem Umstand, dass das ZHB eine Ressortforschungseinrichtung war, resultierten Eigenheiten seiner Arbeitsweise. Zunächst war die Theoriebindung der Arbeit überwiegend instrumentell. Zum einen wurde die marxistische Gesellschaftstheorie zugrundegelegt. Dabei waren nicht nur die kommunistischen Klassiker, sondern auch die Parteidokumente heranzuziehen, da sich die Führung der herrschenden SED als theoriebildende Instanz verstand. Hier war ein Großteil der wissenschaftlichen Energien darauf zu verwenden, die vorgegebene marxistisch-leninistische Theorie mit der Empirie so zu synchronisieren, dass die Theorie keinen Schaden nahm. Zum anderen wurden die aktuellen Fachdebatten in den Bezugswissenschaften rezipiert. Vereinzelt gab es hier auch Weiterentwicklungen, die aus ZHB-Forschungen resultierten, doch vornehmlich wurde, was Theorie betrifft, eher rezipiert und kompiliert. Das indes ist für Ressortforschung nicht allein DDR-typisch.¹

Ebenso entspricht es dem Ressortforschungscharakter, dass zum großen Teil und bestimmungsgemäß zeitgebundene Gebrauchsliteratur produziert wurde. Diese rutschte unmittelbar nach Erscheinen des nächsten Textes zum selben Thema in den Status der finalen Irrelevanz.

Ein Dauerthema stellte am ZHB, wie in der gesamten DDR-Hochschulforschung, die Praxisrelevanz seiner Arbeit dar. Sie ergab sich aus dem Auftrag, zur Gestaltung eines Handlungsfeldes – der Hochschulentwicklung – beizutragen. Von den Adressaten der Institutsprodukte wurde die Orientierung auf praktische Probleme vorausgesetzt und fand sich von diesen zugleich immer wieder angemahnt, war also auch noch nicht wirklich eingelöst. Das Institut akzeptierte die Anforderung im Grundsatz – „wir (müssen) es immer besser verstehen ..., gewonnene wissenschaftliche Einsichten für die praktische Nutzung und Umsetzung aufzuschließen“ – und verwies darauf, dass es dabei „gar nicht so selten keinen einfachen, linearen Weg von der wissenschaftlichen Erkenntnis zur hochschulpolitischen Praxis“ gebe (Schulz 1989, S. 23). Weniger dem Ressortforschungscharakter als den allgemeinen Verhältnissen in den DDR-Gesellschaftswissenschaften waren weitere Eigenheiten der fachliterarischen Produktion des ZHB geschuldet. Gab es etwa konzeptionelle Innovationen, so mussten diese in der gegebenen politisch-epistemischen Anordnung als Entfaltung des Kanonischen getarnt werden. Die Technik dieser Tarnung waren codierte Sprachregelungen. Sie machen es

¹ Genauer hierzu und mit Nachweisen, ebenso zum nachfolgenden Absatz, siehe Pasternack (2019, S. 142f.).

dem heutigen Leser oft mühsam, aus den Texten das zu erschließen, was an Aufschlussreichem (auch) in ihnen steckt. Hier ist zum ersten in Rechnung zu stellen, dass die Texte zum politischen Selbstverständnis des Sozialismus passfähig sein mussten, um veröffentlichungsfähig zu sein. Also entsprach alles Veröffentlichte diesem Selbstverständnis.

Zum zweiten müssen aus formulierten Lösungen die zugrundeliegenden, aber nicht immer benannten oder aber verklausulierten Probleme ermittelt werden. Ein Beispiel für eine solche Retro-Identifizierung von Problemen aus Lösungsvorschlägen: Für das Weiterbildungsengagement der Hochschulen gehe es auch darum, so schrieb das ZHB, die Weiterbildungsbedarfe inhaltlich abzustimmen und daraus eine „größere Planmäßigkeit und Verbindlichkeit in der beruflichen Weiterbildung von Hoch- und Fachschulkadern“ zu gewinnen. Nicht jedoch solle es darum gehen, „vordergründige, vom Inhalt losgelöste Regelungen zur Schaffung verbindlicher Systeme sich regelmäßig wiederholender Weiterbildungsveranstaltungen mit obligatorischer Teilnehmerschaft“ zu treffen (ZHB 1989, S. 37). Indem hier vor formalistischen Erledigungen des Weiterbildungsanliegens gewarnt wurde, lässt sich dreierlei rückschließen: (a) die Ermahnung war offenbar nötig, denn (b) verfügte das ZHB über empirisches Wissen, welches eine solche Mahnung nahelegte, also war (c) nicht ein wahrgenommener Weiterbildungsbedarf der dominierende Impuls für diesbezügliche Kooperationen von Hochschulen und Betrieben, sondern die formale Erledigung einer politischen Anforderung.

Zum dritten: Da jeder professionell nachdenkende Mensch, wie es Wissenschaftler:innen sind, auch zu Denkergebnissen kommt, mussten sich mindestens gelegentlich auch Dissonanzen zu Realentwicklungen ergeben. Der daraufhin zu formulierende Widerspruch war gebremst vorzutragen, wenn er eine Chance auf Veröffentlichung haben sollte – etwa als nuancierte Abweichung von hergebrachten Sprachschablonen, als Frage, die „noch intensiver“ untersucht werden müsse, oder als Antwort, die „noch umfassender“ Anwendung finden müsse. Auch die Formulierungen „immer mehr“ und „noch besser“ wurden ritualisiert benutzt, um negativ bewertete Sachverhalte in positive Nachrichten umzuformulieren. Die häufigen Vokabeln „Weiterentwicklung“ und „Vervollkommnung“ sind oftmals als Defizitmarkierungen zu lesen, ohne einer defätistischen Betrachtungsweise geziehen werden zu können. Wo ein Anliegen „weiterzuentwickeln“ war, dort war es bislang nicht selten ignoriert worden. Sollte etwas „vervollkommenet“ werden, hieß das oft, nun müsse endlich damit begonnen werden. Ebenso war die Beschreibung, dass man einer Sache noch „nicht voll gerecht“ werde, eine typische Umschreibung für „wurde bisher komplett verfehlt“. Wenn aber doch nicht darauf verzichtet werden konnte, Probleme explizit zu thematisieren, dann waren diese Probleme nicht bisher unbearbeitet, wie es meist die zutreffende Beschreibung gewesen wäre, sondern „nunmehr herangereift“ – also genau in diesem Augenblick aufzugreifen.

Die Texte pflegten insofern meist einen Stil der sprachlichen Entschärfung für Mitteilungen, die politisch beun-

ruhigend waren oder hätten sein können. Die Techniken verschleiernenden Formulierens versteckten also die Kenntlichkeit, sorgten damit aber auch dafür, dass die Texte sie indirekt enthielten. Da die verklausulierenden Sprachregelungen implizit standardisiert waren, können sie durchaus entschlüsselt werden – dies selbstredend unter der Voraussetzung, dass sie etwas zu Entschlüsselndes enthalten. Bei manchen Texten zur Wissenschaftlich-technischen Revolution etwa, die nach der Durchsetzung des Begriffs und dem damit verbundenen Betrachtungsschema veröffentlicht wurden, sei es jedenfalls etwas mühsam geworden, „hinter den politisch normierten sprachlichen Versatzstücken die dort eventuell vorhandenen weiterführenden Gedanken aufzuspüren“ (Laitko 2018, S. 85). Gelingt es hingegen, die nichtsubstantzlosen Texte zu decodieren, dann gewinnen sie nicht selten aufschlussreichen Informationsgehalt.

So gab es ein probates Mittel, um Gegenläufigkeiten in der Realentwicklung ideologieverträglich umzuformulieren: Die Diskussion von Widersprüchen war zwar politisch nicht sonderlich erwünscht, aber im Historischen Materialismus galten Widersprüche als Triebkräfte der Entwicklung, und die Lehre davon war die marxistische Dialektik. Daher wurden Widersprüche sprachlich fortwährend als Dialektiken ausgedrückt: allgemein als Objekt-Subjekt-Dialektik oder als Dialektik von Quantität und Qualität, konkret als „Dialektik von Einheitlichkeit und Differenziertheit im Studium“ (Widmann 1986; Kaulin 1986), „Dialektik politischer und sozialer Wertorientierung von Studienanfängern“ (Wächter 1982), „Dialektik zwischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik einerseits sowie Ökonomie andererseits“ (ZHB 1988, S. 21) oder „Dialektik von disziplinärer und interdisziplinärer wissenschaftlicher Tätigkeit“ (Wilms 1983). Nicht immer folgt dann in den Texten tatsächlich eine substanzielle Entfaltung von Widersprüchen (sondern häufig nur die Darstellung von aktuellen Unstimmigkeiten, die durch bessere Organisation und Leitung zu beseitigen seien). Aber vergleichsweise häufig ist eine annoncierte „Dialektik von ...“ das Codewort, mit dem auf tieferliegende Probleme verwiesen wird. Mitunter genügte es aber auch, zunächst Erfolge im Großen zu konstatieren, um dann bestehende Defizite im Kleinen benennen zu können, etwa so: „Die bedeutsamen Fortschritte, die bei der Erarbeitung der neuen Ausbildungsdokumente erzielt worden sind, dürfen uns nicht daran hindern, zu erkennen, dass ein wesentliches Anliegen der Studienplanung z.Zt. noch nicht erreicht wurde ...“ (Buck-Bechler/Knopke 1977, S. 2).

Daneben finden sich in den Texten immer wieder sprachliche Schablonen, von denen angenommen werden kann, dass sie zwischen Politik und Wissenschaft gleichsam ausgehandelte Sprachregelungen waren. So etwa die Formel „veränderte Reproduktionsbedingungen“: Sie kam in der Systemkrise der 80er Jahre auf und umschrieb den Umstand, dass die Möglichkeiten zur materiellen Ausstattung des Hochschulwesens (wie auch anderer Bereiche) deutlich eingeschränkt waren. Eine Änderung der Situation wurde für die 90er Jahre nicht erwartet: Es „muss über einen längeren Zeitraum hinweg von einem empfindlichen Widerspruch zwischen Reproduktionserfordernissen einerseits und Reproduktionsmöglichkeiten

andererseits ausgegangen werden" (ZHB 1989, S. 86). Ergänzend war „Stabilisierung der materiell-technischen Basis“ eine sprachliche Verschleierungsformel für „Investitionen sind nicht mehr möglich, nur noch Instandhaltung“. Die „Basis“ war das, was vorhanden war. Diese sollte „stabilisiert“ werden. Wenn es lediglich um die Bearbeitung einer Instabilität gegangen wäre, hätte man es euphemistisch „weitere Stabilisierung“ genannt. Nun aber müsse (allein) mit dem Vorhandenen gearbeitet werden, das deshalb zu „stabilisieren“ sei.

Empirisch basiertes Problembewusstsein

Entschlackt man die ZHB-Texte von den ideologien sprachlichen Dekorationen, dann lässt sich unter ihnen auch eine Reihe solcher finden, die durch ein vergleichsweise deutliches Problembewusstsein gekennzeichnet sind. Zwar erfordert deren Auffinden die Durchsicht vieler Texte bzw. innerhalb der Texte vieler Seiten, bei denen dies kaum oder komplett nicht der Fall ist. Doch einige der Texte oder Passagen erhellen, dass mit empirisch fundierten Studien nicht nur zu bestehenden Problemlagen vorgedrungen, sondern die so gewonnenen Informationen auch an Politik und Hochschulpraxis weitergereicht wurden:

- Während die DDR-Propaganda unablässig dazurief, „jede Minute Arbeitszeit“ in den Kampf für den Sozialismus zu investieren, schrieb das ZHB: Bei einem Drittel der Professoren sei ein geringes bzw. nicht erkennbares Forschungsengagement zu konstatieren. Die Gründe: neben individuellen Ursachen die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, z.B. der Leitungs- und Verwaltungsaufwand oder die mangelhafte Versorgung mit Fachliteratur, sowohl aus nichtsozialistischen als auch sozialistischen Ländern (Boschan et al. 1982, S. 10; Boschan et al. 1984, S. 42; Boschan 1986, S. 90).
- Während die Politik Strategien wünschte, um Einheitlichkeit in Studium und Studierverhalten herzustellen, lieferte die Hochschulpädagogik Differenzierungen: Sie orientierte auf Forschungserfahrungen im Studium, variable Studienpläne, Erweiterungen des Handlungs- und Entscheidungsspielraumes für die Studenten und Begabungsförderung. Am Durchschnitt orientierte Gestaltungskonzepte und Bewertungsverfahren seien „endgültig zu überwinden“ (ZHB 1989, S. 30), zumal sich mehr als die Hälfte der Studierenden in ihren Leistungsstärken nicht anerkannt fühle (Buck-Bechler/Jahn/Lewin 1997, S. 469).
- Wo die Politik ein funktionalistisches Verständnis des Studiums präferierte – „Employability“, wenn das Wort damals schon üblich gewesen wäre –, bediente das die Hochschulpädagogik rhetorisch und unterlief es zugleich inhaltlich mit einem Konzept der „beruflichen Grundbefähigung“. Ähnlich wie die heutige Kompetenzorientierung reagierte die „Grundbefähigung“ darauf, dass Bildung, um sich politische Unterstützung organisieren zu können, immer kommunizierbare und wissenschaftsextern anschlussfähige Begriffe braucht. Durchaus penetrant wurden von den ZHB-Hochschulpädagog.innen auch reichlich politische und ideologische Anforderungen an die Studenten und das Studium formuliert. Doch jenseits dessen pflegten sie einen zentralen Topos, mit dem der „Kühnheit im Denken, Risikobereitschaft und Beharrlichkeit“ eine Bahn geschlagen werden sollte: die „selbständige wissenschaftliche Tätigkeit“ der Studierenden (ZHB 1989, S. 25-27).
- Die DDR-Hochschulstatistik rechnete die Anteile von Arbeiter- und Bauernkindern unter den Studierenden trickreich hoch. So wurden z.B. alle „Funktionäre der Arbeiterklasse“ – Angehörige des Partei- und Staatsapparats, Berufssoldaten und Polizisten – als „Arbeiter“ gezählt und bei Eltern mit unterschiedlichen Qualifikationsniveaus nur das jeweils niedrigere erfasst. Dies unterlief das ZHB, indem es die formalen Qualifikationsniveaus der Eltern bzw. aller Elternteile erhob. So wurde ermittelt, dass der tatsächliche Anteil Studierender aus Arbeiterfamilien 22 Prozent betrug, nicht 34, wie es in den geschönten Statistiken hieß. Die Hochschulstatistik, so das Institut, müsse „im gesellschaftlichen Interesse eindeutige Informationen ... enthalten“ (Fritsch/Rommel 1987, S. 4).
- Zwei Drittel der Studierenden waren in den 80er Jahren mit der Qualität ihrer Wohnbedingungen unzufrieden, stellte das ZHB fest. Das betraf vorrangig die staatlich betriebenen Studentenwohnheime. „Probleme waren vor allem hohe Lärmbelastigung, unzureichende sanitäre und hygienische Bedingungen, Unsauberkeit und Unordnung, soziale Spannungen im Wohnheim, in erster Linie aber fehlende Möglichkeiten für ungestörtes Selbststudium, u.a. wegen fehlender separater Studienräume“ (Buck-Bechler/Jahn/Lewin 1997, S. 469).
- Studienabbruch war politisch eigentlich nicht vorgesehen. Das ZHB lieferte Zahlen, die in einem Land, in dem es – rhetorisch – immer aufwärts ging, stören mussten: „im Direktstudium beträgt der Studienabbruch im Durchschnitt mehr als ein Fünftel der Studienanfänger“. Von 1975 bis 1986 verschlechterte sich das Verhältnis von Studienabbrechern zu Absolventen von 1 : 6 auf 1 : 4 (zit. aus unveröff. Analyse in Gebuhr 1987, S. 1).
- Wer aber sein Studium geschafft hatte, so die IfH/ZHB-Mitteilungen an das MHF, wurde 1977 zu 15 Prozent (Ingenieure) oder 37 Prozent (Mathematikabsolventen der Universität Leipzig) fachfremd eingesetzt (Dietrich 1977, S. 1f.). 1983 sah es noch schlechter aus: Vom Absolventenjahrgang 1978 waren nur etwa 30 Prozent „völlig qualifikationsgerecht“ eingesetzt (Hauser/Baecker 1984, S. 2). Das ZHB informierte mit solchen Fehleinsatzquoten indirekt darüber, dass es keineswegs gelinge, Bildung und Beschäftigung planerisch aufeinander abzustimmen.
- Dazu passte eine Untersuchung zur politisch gesetzten dreijährigen Arbeitsplatzbindung nach dem Studienabschluss. Sie ergab, dass sich in den 80er Jahren fast ein Drittel der Studierenden auf eigene Faust Arbeitsplätze suchte und damit die Arbeitsplatzbindung unterlief (Buck-Bechler/Jahn/Lewin 1997, S. 468-470) – positiv gewendet: sich eine Freiheit nahm, die nicht vorgesehen war.
- Dann verglich das ZHB umstandslos das Verhältnis zwischen Absolventenzahlen von Diplomphysikern

und Diplomingenieuren in der DDR mit dem in der Bundesrepublik, Österreich, Schweiz und Großbritannien, um zu illustrieren, dass die DDR hier in eine Falle laufe. Direkt zurückhaltend gegenüber dem adressierten Ministerium war der ZHB-Kommentar dazu nicht: „Das vom MHF erarbeitete vorläufige Zulassungskonzept sieht bis zum Jahre 2010 eine weitere starke Steigerung der Ausbildungszahlen von Diplomingenieuren vor, wodurch die Differenz zu den Physikern weiter wächst“ (Hopsch 1988, S. 1).

- Nachdem das MHF alle Hochschulen zu Kooperationsverträgen mit Kombinatgenötigt hatte, goss das ZHB Wasser in den Wein: Die Verträge seien vielfach unkonkret gehalten, und nicht selten trete Schematismus auf, indem die Verträge einfach voneinander abgeschrieben würden (Richter et al. 1986, S. 12f.).
- Wo das MHF globale Richtwerte für Hochschulflächen und für die Kosten pro Studienplatz wünschte, konnte die ZHB-Abteilung Hoch- und Fachschulbau „ein nach Berechnungsstufen und Fachrichtungen differenziertes Richtwertsystem mit Modifikationsmöglichkeit, die auf der Transparenz der Beziehungen zwischen den Berechnungsgrößen beruhte“, durchsetzen (Rücker 1999, S. 79).
- Der Arbeitsbereich Medizinische Hochschulbauten tat kund: Infolge „rückläufiger Investitionstätigkeit und der Konzentration der Mittel auf das Schwerpunktvorhaben ‚Charité Berlin‘“ (also eines prioritären staatlichen Prestigevorhabens, das an sich von niemandem infrage zu stellen war) sei in den anderen sieben Medizinischen Hochschulbereichen ein Bedarf an Investitionen zu verzeichnen, der „zu bedenkende Ausmaße“ – gemeint: bedenkliche Ausmaße – angenommen habe. „Einige Einrichtungen können ihre Arbeit nur mit Ausnahmegenehmigungen weiterführen. In Operationsabteilungen ist diese Arbeitsweise mit einem hohen Risiko für Patienten und Personal verbunden“ (Gläser 1988, S. 23, 25).
- Dem Wissenschaftlichen Gerätebau (WGB) an den Hochschulen wurde attestiert, dass sein technologisches Niveau „unter dem der Industrie (für die eigentlich Vorlauf geschaffen werden soll!)“ liege. Die Voraussetzungen für die Produktion von Kleinserien seien in der Mehrzahl der Hochschulen nicht gegeben. Circa 90 Prozent der nötigen Ausrüstungen für den WGB würden außerhalb der Bilanz ‚beschafft‘. Für Standardausrüstungen könne nicht einmal der dringendste Bedarf abgedeckt werden. Die vorhandene Rechentechnik, insbesondere für Entwicklungsarbeitsplätze, entspreche in der Mehrzahl der Einrichtungen nicht dem aktuellen Entwicklungsstand der Technik. Der Bedarf an hocheffektiver Meßtechnik könne nicht gedeckt werden (Hartmann/Rothe 1988, S. 2-4).
- Neben allem anderen aber, so schrieb das ZHB im Februar 1989, die Finalisierung der Systemkrise weniger ahnend als spürend: Es brauche auch kulturell einen „stimulierenden Nährboden“, der nur dann zustandekomme, wenn „ein wissenschaftsförderndes Klima existiert, das von Meinungsstreit, öffentlichen Disputen, Beifall und Widerspruch geprägt ist“ (ZHB 1989, S. 55). Dies wurde mit einem „aber nur dann, wenn ...“ eingeführt. Daher dürfte mit der expliziten Erwäh-

nung zum Ausdruck gebracht worden sein, dass es nach Ansicht des ZHB mit Meinungsstreit, öffentlichen Disputen und Widerspruch in der DDR nicht allzu weit her ist. Es erscheint durchaus bemerkenswert, dies aus einem regierungsnahen Zentralinstitut zu vernehmen.

Ende und Übergang

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre war ein Teil der Arbeit notgedrungen darauf zu verwenden, die Auswirkungen der Systemkrise – die selbstredend so nicht genannt wurde – auf den Hochschulbereich zu dokumentieren. Das betraf einerseits die materielle Ausstattung des Hochschulwesens, andererseits aber auch inhaltliche Fragen der Gestaltung von Hochschulbildung und Forschung. Erst im nachhinein liest man prognostische Beschreibungen des ZHB als Ankündigungen des Untergangs – als die sie freilich nicht gemeint waren, etwa die folgende: „die Einflüsse aus der durch volkswirtschaftliche Bedingungen verursachten Begrenzung der Potentialentwicklung auf mögliche Entwicklungen des Leistungsspektrums [werden sich] in einer Art bemerkbar machen, die die Hohen Schulen vor bisher nicht gekannte Herausforderungen stellen wird. In bestimmten Fällen ... dürfte vor allem auf dem Gebiete Arbeitskräfte/Investitionen die mögliche Potentialgestaltung zu einem dominierenden Faktor der Entwicklung bestimmter Leistungsprozesse an einzelnen Hochschulen werden“ (ZHB 1989, S. 76).

Die Dramatik der Aussage erschließt sich nicht beim ersten Lesen, aber dass es sprachlich etwas verschraubt formuliert worden war, dürfte Teil einer in den endachtziger Jahren üblichen Strategie gewesen sein: Krisenanzeigen nicht mehr unterschlagen, aber sie doch im Sinne eines historischen Optimismus, der bislang noch durch jede Krise getragen habe, mitteilen. Nachdem die Sache rhetorisch so imprägniert war, kam der zitierte Bericht dann aber auch ziemlich schonungslos zur Sache. Vorgelegt im Februar 1989, kann er bei genauer Lektüre als ein Fanal der Frustration gelesen werden. Zwar werden auch dort vor allem erreichte Errungenschaften benannt. Das kann insofern auch kaum verwundern, als man ja die Adressaten des Berichts im MHF erreichen wollte, und es sind immer die Empfänger, nie die Absender, die über den Anschluss an oder die Abwehr von Kommunikationsangeboten entscheiden. Doch zieht man die quantitativ dominierenden Passagen zu den Errungenschaften ab, dann ergeben sich sowohl eine beträchtliche Mängelliste als auch deutliche Einreden gegen politisch gesetzte Forderungen.

Ein recht grundsätzlicher, weil das gesellschaftspolitische Selbstverständnis der DDR thematisierender Punkt war der folgende: Einerseits, so das ZHB, wachse zwar die Rolle und Verantwortung der sozialistischen Intelligenz. Andererseits aber „entwickelten sich die sozialen, vor allem die materiellen Lebensbedingungen der Studenten und Hochschulabsolventen als ein Ausdruck gesellschaftlicher Bewertung nicht in dem Maße wie z.B. die von Facharbeitern, An- und Ungelernten“ (ZHB 1989, S. 19). Das betreffe die studentischen Nettogeldeinnahmen, die Gehälter von Hochschulabsolventen und deren Versorgung mit Wohnraum. Letzteres wird als „soziales

Problem“ bezeichnet, was in der DDR-Terminologie eine schwer steigerbare und insofern dramatische Charakterisierung war.

Es ist aufschlussreich, sich deutend zu vergegenwärtigen, welche Botschaften in diesen Formulierungen enthalten waren: Die materiellen Lebensbedingungen der Akademiker markierte das ZHB zum einen „als einen Ausdruck gesellschaftlicher Bewertung“ und beschrieb sie zum anderen als unzulänglich. Das heißt: Es wurde eine unzulängliche gesellschaftliche Bewertung der Intelligenz konstatiert. Da Gesellschaft und Politik in der entdifferenzierten DDR in eins fielen, war mit der Formulierung zugleich mitgeteilt worden: Die politische Wertschätzung der Intelligenz sei ungenügend. Das war verknüpft mit der Information, dass die Verantwortung der sozialistischen Intelligenz für die gesellschaftlichen Prozesse wachse. Die Botschaft also: Die Politik, ergo die SED, unterbewerte ausgerechnet die Gruppe, die zunehmend die Hauptverantwortung trage. Die Bedeutsamkeitszuweisung an die Intelligenz ist für sich genommen nicht aufsehenerregend und schließt an die seinerzeit allgegenwärtige Formel von der Wissenschaftlich-technischen Revolution an. Aufmerksamkeit aber erheischt der Umstand, dass dies explizit in Gegensatz zu Facharbeitern sowie An- und Ungelernten gesetzt wurde, also: zur Arbeiterklasse, die gemäß politischer Doktrin die herrschende Klasse war. Nicht irgendwie, sondern im Vergleich zu genau dieser seien laut ZHB die Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz schlechter.

Der Mut, dies zu formulieren, muss gleichwohl nicht überbewertet werden. Denn der Adressat des zitierten Reports war das Hochschulministerium, und Hochschulen, ZHB und MHF einigte, dass man das Hochschulwesen insgesamt, seine Angehörigen und Absolventen für unterbewertet hielt. Das ist durchaus mit der heutigen Situation vergleichbar, in der Hochschulen und Hochschulpolitik meist auch darin einig sind, dass die Hochschulen ungenügend ausgestattet seien. Auch wurden am ZHB keine systemsprengenden Ergebnisse erarbeitet. Doch deutlich wird immerhin, dass nicht ausschließlich politische Gefälligkeitsforschung betrieben wurde – und zugleich, dass die Spielräume doch recht begrenzt waren.

Der Duktus der Texte – insbesondere die Verpackung heikler Aussagen in abfedernde Bekenntnisse – verweist deutlich auf das Merkmal, staatliche Wissenschaft im Sozialismus zu sein, auch dann noch, wenn faktisch die Unbeherrschbarkeit desaströser Entwicklungen angekündigt wird. Dieser Duktus folgte aus der Grundannahme, dass sich trotz allem wieder ‚gesetzmäßig‘ durchsetzen werde, was historisch den Fortschritt verkörpere. Die Option eines Zusammenbruchs des Systems – incl. des Hochschulsystems – musste folglich denkunmöglich bleiben. Letzteres war eine Gemeinsamkeit mit den Analytikern des Ostens im Westen.

Die oben erwähnte Intervention der westdeutschen Hochschulforscher:innen vom Dezember 1990 war insofern sachlich korrekt begründet: Das ZHB hatte dem SED-Staat zugearbeitet und nicht öffentlich über Missstände aufgeklärt, zugleich aber auch kenntnisreiche, zum Teil kritische Forschungsarbeiten vorgelegt. Und die

Intervention war erfolgreich. Zwar wird man dies wohl nicht allzu heftig als Zeichen deuten sollen, dass die Hochschulforschung beim damaligen BMBW besonders durchsetzungsstark war. Aber es fiel zusammen mit einem Interesse des Bundesministeriums, über die Hochschultransformation in den ostdeutschen Ländern – an sich ja eine Länderangelegenheit – systematisch informiert zu werden. Der damalige BMBW-Staatssekretär Fritz Schaumann: „Üblicherweise pflegen Bundesministerien nicht auf Zeitungsannoncen“ – den offenen Brief – „zu reagieren. In diesem Falle aber trafen sich bereits laufende Erwägungen im Ministerium ... mit dieser öffentlichkeitswirksamen Herausforderung“ (Schaumann 1997, S. 2).

Es schloss sich Anfang 1991, also bemerkenswert schnell, die Gründung der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst an. Diese dokumentierte und erforschte dann fünf Jahre lang die ostdeutsche Hochschultransformation (vgl. Buck-Bechler/Schäfer/Wagemann 1997). 1996 wurde das heutige Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) gegründet. Insgesamt, d.h. über das ZHB und seine Nachfolger hinaus, änderte sich nach 1990 aber die breite Vertretung der Hochschulforschung in Ostdeutschland gründlich. Vor allem für die Hochschulpädagogik erwies es sich als schwierig, im Zuge des Hochschulumbaus Mehrheiten für deren Fortführung zu gewinnen. Beim Neuaufbau fand sich dann jedoch nicht nur Hochschulpädagogik, sondern auch Hochschuldidaktik nicht berücksichtigt. Infolgedessen gab es rund 20 Jahre, bis zum Bund-Länder-Programm „Qualitätspakt Lehre“ 2012, in den östlichen Bundesländern nahezu keine entsprechende Professur oder Arbeitsstelle.

Literaturverzeichnis

- Boschan, J. (1986): Zur Erhöhung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit von Hochschulprofessoren. In: Däumichen, K. (Hg.-Kollektivltg.): Internationales Seminar „Probleme, Formen und Methoden der Intensivierung der Forschungsprozesse im Hochschulwesen“, 12. bis 14. November 1985 in Berlin – Hauptstadt der DDR. ZHB, Berlin [DDR], S. 89-100.
- Boschan, J./Armélin, P./Busching, D./Lamm, H.-J. (1984): Zur Erhöhung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit von Hochschulprofessoren. Ergebnisse einer Befragung der Professoren in den Gesellschaftswissenschaften. Teil I: Wissenschaftliche Charakterisierung der Professoren und Forschungsbedingungen. ZHB, Berlin [DDR].
- Boschan, J./Armélin, P./Busching, D./Lamm, H.-J./Wienicke, A. (1982): Zur Erhöhung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit von Hochschulprofessoren. Ergebnisse der Befragung von Professoren der mathematisch-naturwissenschaftlichen, agrarwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen des Hochschulwesens. ZHB, Berlin [DDR].
- Buck-Bechler, G./Knopke, K. (1977): Zur Arbeit mit Ausbildungsdokumenten (=Kurzinformation Minister 1(1977)28). In: Bundesarchiv DR 305/53.
- Buck-Bechler, G./Jahn, H./Lewin, D. (1997): Lehre und Studium. In: Buck-Bechler, G./Schäfer, H.-D./Wagemann, C.-H. (Hg.): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulrenewierung. Weinheim. S. 421-521.
- Buck-Bechler, G./Schäfer, H.-D./Wagemann, C.-H. (Hg.) (1997): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschulerneuerung. Weinheim.
- Dany, S. (2007): Start in die Lehre. Qualifizierung von Lehrenden für den Hochschulalltag. Berlin.
- Dietrich, E. (1977): Zum Einsatz von Absolventen – Untersuchungsergebnisse (=Kurzinformation Minister 1(1977)31). In: Bundesarchiv DR 305/53.

- Dimitrov, A./Eberhardt, J./Fliegel, K. (1985):* Auswertung von Materialien der vierzehnten Konferenz der Hochschulminister sozialistischer Länder unter den Aspekten Vervollkommnung der Ausbildung und der politisch-ideologischen Erziehung der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses und Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet des Hochschulwesens. ZHB, Berlin [DDR].
- Fritsch, R./Rommel, E. (1987):* Die Praxis der Hochschulen bei der sozialen Zuordnung der Studienbewerber und Aspekte der sozialen Herkunft von Hochschuldirekt- und Fernstudenten. ZHB, Berlin [DDR].
- Gebuhr, K. (1987):* Aspekte des vorzeitigen Abganges aus dem Hochschuldirektstudium. ZHB, Berlin [DDR].
- Gläser, D. (1988):* Methode und Ergebnisse der Arbeit an baulichen Konzeptionen für Medizinische Bereiche an Universitäten. In: Abteilung Hoch- und Fachschulbau des ZHB (Hg.): Hochschulbau. Ergebnisse und Aufgaben wissenschaftlicher Arbeit. ZHB, Berlin [DDR], S. 23-29.
- Hartmann, I./Rothe, R. (1988):* Zum Ausrüstungsbedarf für den wissenschaftlichen Gerätebau an Hochschulen. ZHB, Berlin [DDR].
- Hauser, O./Baeger, C. (1984):* Probleme des Einsatzes und der Ausbildung von Mathematikern und Physikern der Absolventenjahrgänge 1978 und 1979 in der DDR (=Kurzinformation Minister 1984/4). In: Bundesarchiv DR 305/56.
- Hildebrandt, K. (1997):* Außeruniversitäre Institute der Bildungsforschung in der DDR. Verbleib des erziehungswissenschaftlichen Potentials. In: Kell, A./Olbertz, J.-H. (Hg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern. Weinheim, S. 90-122.
- Hopsch, R. G. (1988):* Die verhältnismäßige Ausbildung und Beschäftigung von Physikern zu Ingenieuren in entwickelten Industrieländern im Vergleich zur DDR (=Kurzinformation Minister 1988/13). ZHB, Berlin [DDR].
- Kaulin, M. (1986):* Erhöhung der Effektivität des Studiums durch aktive Einbeziehung der Studenten in die Gestaltung von Konsultationen im ökonomischen Fachschulfernstudium. Dissertation A. ZHB, Berlin [DDR].
- Laitko, H. (2018):* Der lange Weg zum Kröber-Institut. In: Girmus, W./Meier, K. (Hg.): Wissenschaftsforschung in Deutschland. Die 1970er und 1980er Jahre. Leipzig, S. 13-154.
- MHF, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, Sektor Statistik (1989):* Statistisches Jahrbuch des Hochschulwesens der DDR 1989, o.O.
- Olbertz, J.-H. (1997):* Hochschulpädagogik. Hintergründe eines „Transformationsverzichts“. In: Kell, A./Olbertz, J.-H. (Hg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern, Weinheim, S. 246-284.
- Pasternack, P. (2019):* Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964-2014. Berlin.
- „Post für Minister Möllemann und eine Bitte um Aufschub“. In: Frankfurter Rundschau, 05.12.1990, S. 35.
- Richter, H.-J./Bendrat, E./Brauer, H./Stern, H. (1986):* Analyse der zwischen Hochschulen und Kombinat abgeschlossenen Koordinierungsverträge hinsichtlich ihrer Aussagen über die Kooperation in Aus- und Weiterbildung sowie bei der Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. ZHB, Berlin [DDR].
- Rücker, M. (1999):* Das Institut für Hoch- und Fachschulbau. Entwicklung, Aufgaben, Leistungen und Abwicklung. In: Gibas, M./Pasternack, P. (Hg.): Sozialistisch behaust & bekunsted. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR. Leipzig, S. 72-84; auch unter <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/Sozialistisch-behaust-bekunsted.pdf> (22.12.2018).
- Schaumann, F. (2007):* Hochschulforschung und Hochschulinnovation. Erwartungen des Staates und der Hochschulen. In: HoF-Berichte, 1-2, S. 2-4.
- Schulz, H.-J. (1988):* Stellung und Aufgaben des Zentralinstituts für Hochschulbildung. In: ZHB (Hg.): Das Zentralinstitut für Hochschulbildung. Kurze Übersicht. Berlin [DDR], S. 5-11.
- Schulz, H.-J. (1989):* Festansprache „25 Jahre ZHB – 25 Jahre auf dem Weg zur Formierung eines neuen Wissenschaftsbereichs“. In: ZHB (Hg.): Zentralinstitut für Hochschulbildung 1964-1989. Festveranstaltung am 18. April 1989. Berlin [DDR], S. 9-26.
- Schulz, H.-J./Köhler, R./Volter, W. (1989):* Zentralinstitut für Hochschulbildung 1964-1989. Berlin [DDR].
- Thiel, R. (2010):* Neugier. Liebe. Revolution. Mein Leben 1930-2010, Berlin.
- Wächter, D.-D. (1982):* Zur Dialektik politischer und sozialer Wertorientierung von Studienanfängern für Studium, Beruf und künftiges Leben. In: ZHB (Hg.): Ergebnisse und weitere Aufgaben bei der Erforschung des Hochschulzugangs in der DDR. Berlin [DDR], S. 64-73.
- Widmann, M. (1986):* Die Ausschöpfung der Leistungspotenz jedes Studenten durch Verwirklichung des Prinzips der Dialektik von Einheitlichkeit und Differenziertheit. In: ZHB (Hg.): Entwicklung von Selbständigkeit in der wissenschaftlichen Arbeit. Von bewußter Aktivität und wachsender Eigenverantwortung der Studenten im Studium (XI. internationales Symposium zur kommunistischen Erziehung). Berlin [DDR], S. 363-366.
- Wilms, B. (1983):* Dialektik von disziplinärer und interdisziplinärer wissenschaftlicher Tätigkeit unter den Bedingungen der Einheit von Lehre und Forschung. In: Däumichen, K. (Hg.-Kollektiv): Leitung der Hochschulforschung. Ausgewählte Probleme und Erfahrungen. Bd. 2. ZHB, Berlin [DDR], S. 38-48.
- ZHB, Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hg.) (1988):* Das Zentralinstitut für Hochschulbildung. Kurze Übersicht. Berlin [DDR].

■ **Peer Pasternack**, Dr. phil., Professor und Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg, E-Mail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de

Die Ideen der Universität Hochschulkonzepte und hochschulrelevante Wissenschaftskonzepte

von Peer Pasternack, Daniel Hechler & Justus Henke

ISBN 978-3-946017-14-1, Bielefeld 2018,
212 Seiten, 39.70 Euro zzgl. Versand

Bestellung – E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de,
Fax: 0521/ 923 610-22

